

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/108
9. Juni 1971

Berlin: Bewährungsprobe für alle

Ein Nachwort zur Diskussion im Bundestag
Seite 1 / 44 Zeilen

Um die Zukunft des Europarates

Kompetenzkonflikte, die der Lösung harren
Von Georg Kahn-Ackermann SPD-MdB
Stellv. Mitglied des Bundestagsausschusses
für Bildung und Wissenschaft
Seite 2 und 3 / 89 Zeilen

Mehr Sorgfalt im Rüstungsbereich

Folgen der kritischen Bestandsaufnahme
Von Klaus Richter SPD-MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses
des Bundestages
Seite 4 und 5 / 64 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Haugsallee 2-10
Postfach: 8153
Pressehaus F, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37-38
Telex: 889 948/886 047
596 948 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Berlin: Bewährungsprobe für alle

Ein Nachwort zur Diskussion im Bundestag

Die Berlin-Stunden des Bundestages haben ungeachtet der politischen oder auch parteipolitischen Zweckbestimmung, die ihnen von der Opposition zugedacht gewesen sein möge, ihre weit über die Tagesbegrenzung hinausgehende Bedeutung in der gestrafften Programmrede des Bundeskanzlers gefunden. Seine verbindliche Schlußfeststellung, daß die drei westlichen Verbündeten und die Bundesregierung gemeinsam mit großer Zähigkeit und Hartnäckigkeit darum bemüht sind und bleiben, positive Regelungen für Berlin durchzusetzen, sollte auch für die Heißsporne in der CDU und CSU als ausreichende Erklärung und Klärung gelten. Die einlenkende Bereitschaft der Unions-Fraktion, das Berlin-Problem fortan in der angemessenen Klausur des Auswärtigen Bundestags-Ausschusses zu behandeln und zu beraten, ist als Kooperations-Ankündigung zu akzeptieren.

Willy Brandt konnte vor dem Hintergrund des einstimmigen NATO-Minister-Kommuniqués von Lissabon unwidersprechbar klar machen, daß die berühmten "drei Essentials", die der damalige US-Präsident John F. Kennedy im Jahre 1961 in Berlin für Berlin verkündet hatte, auch heute ihre volle Gültigkeit behalten haben. Kennedys Thesen umfaßten die Feststellung des Friedens in Berlin, Deutschland und Europa, der nicht gefährdet werden dürfe, der Freiheit der Bevölkerung Westberlins in Ausübung ihrer menschlichen Grundrechte sowie der legalen Berechtigung für die drei Westmächte, in Westberlin anwesend zu sein und damit die Freiheit der Westberliner zu schützen! In den zurzeit laufenden Vier-Mächte-Verhandlungen geht es aber, und damit machte Brandt deren Zielsetzung deutlich, nicht mehr nur darum, diese Kennedy-Thesen in der Zustimmung Moskaus weiter verankert zu bekommen, sondern auch für ihre praktische Anwendung Einigkeit unter allen beteiligten Staaten zu erhalten.

Dieses Programm, hier im zentralen Kern herausgeschält, sieht seine Verwirklichungsmöglichkeit nur durch die von der sozialliberalen Bundesregierung geschaffene Voraussetzung des deutsch-sowjetischen Vertrages zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Es war dringend geboten, daß der Bundeskanzler dieses Faktum so unumwunden vor dem Bundestag, an das ganze deutsche Volk gerichtet, geäußert hat. Es ist ebenso dringend zu wünschen, daß dieses Faktum in die allgemeine Diskussion dort Einzug hält, wo es bisher, aus welchen Gründen auch immer, übersehen und mißachtet oder gar mißdeutet wurde. Die Verantwortung für die Aufgabe und das Bemühen, den Vier-Mächte-Verhandlungen für eine befriedigende Berlin-Regelung von deutscher Seite aus zu einem positiven Abschluß zu verhelfen, kann und darf nicht allein Sache der Bundesregierung und der sie tragenden Koalition sein. Diese Verantwortung schließt auch die Opposition und darüber hinaus alle Gruppen und Schichten der deutschen Bevölkerung ein, wenn Berlin für sie mehr ist, als ein Aufhänger zur Kritik an der Bundesregierung. Berlin ist eine Bewährungsprobe für alle.

(ee/ee/9.6.1971/bcy)

Um die Zukunft des Europarates

Kompetenzkonflikte, die der Lösung harren

Von Georg Kahn-Ackermann SPD-MdB

Stellv. Mitglied des Bundestagsausschusses für
Bildung und Wissenschaft

Dem Treffen der Vertreter der Beratenden Versammlung des Europarates, den stellvertretenden Außenministern als Repräsentanten des Ministerrates, kommt eine besondere Bedeutung zu. Der Unmut innerhalb der Beratenden Versammlung über den regierungsfreundlichen Zweig des Europarates, den Ministerrat, der seit längerem jede fruchtbare Entwicklung zu neuen gemeinschaftlichen Ansätzen im Europa der achtzehn durch nichtsagende Erklärungen erstickt, hat einen neuerlichen Höhepunkt erreicht. Schon Ende vergangenen Jahres hatten die Vertreter der Parlamentarier, die Vertreter ihrer Regierungen in Straßburg gefragt, was für eine Bedeutung sie in Wirklichkeit dem Europarat zumessen, den sie in Wahrheit seit einigen Jahren mehr und mehr als europäisches Aschenputtel behandeln und dessen politische Funktion sie zwar nicht der Form nach, wohl aber der Sache nach entleert haben.

Natürlich hat diese Entwicklung verschiedene Ursachen. Die nächstliegende ist die seit zwei Jahren wachsende Gewißheit gewesen, daß es über kurz oder lang zu einer Erweiterung der EWG kommen würde und daß damit automatisch das Zentrum der parlamentarischen Konsultationen in das Europäische Parlament verlegt werden würde. Nun ist es zweifellos so, daß nach der Erweiterung der EWG Funktion und Aufgabe der drei europäischen Versammlungen: Europäisches Parlament, Beratende Versammlung des Europarates und Beratende Versammlung der Westeuropäischen Union, neu geprüft werden muß. Dazu kommt, daß die nach Institutionalisierung drängende Versammlung der NATO-Parlamentarier in diese Überlegungen mit- einbezogen werden muß.

Zweifellos würde die Beratende Versammlung der WEU nach der Erweiterung der EWG entbehrlich sein, wenn es gelänge, die besonderen sicherheitspolitischen Kompetenzen der WEU-Versammlung auf das Europäische Parlament zu übertragen, obwohl es dafür in den römischen Verträgen keine Grundlage gibt. Aber davon abgesehen würde die Parallelität der übrigen Beratungskompetenzen ein künftiges unausweichliches Nebeneinander als Kraft-, Geld- und Zeitverschwendung erscheinen lassen.

Diese Parallelität der Beratungskomplexe erweist sich im Übrigen auf dem Gebiet von Bildung, Kultur, Wissenschaft und Forschung ebenfalls zunehmend als Belastung. Identische Fragen werden gleichzeitig in der UNESCO, in der OECD, im Europäischen Parlament, im Europarat, ja sogar neuerdings auch in weiteren Versammlungen beraten. Hier ist eine Kompetenzdurchforstung durch die beteiligten Regierungen dringend erforderlich. Wobei zu sagen ist, daß die nach wie vor vorherrschende Unfähigkeit der europäischen Regierungen, alle diese Zuständigkeiten aus dem Visier ihrer Außenministerien zu entlassen, die weder materiell

noch personell ihren Koordinationsfunktionen gewachsen sind, diese Überschneidungen fördert.

Aber wie eine Arbeitsteilung oder Feldbereinigung innerhalb der europäischen Versammlungen auch aussehen wird, sicher ist, daß der Europarat neben dem Europäischen Parlament seine besondere Funktion behalten wird. Daß diese Funktion gegenwärtig so unzulänglich sichtbar wird, hat ebenfalls mehrere Ursachen. Ursache Nr. 1 ist die Tatsache, daß der einst so illustre Ministerrat des Europarates zu einem Kaffeekränzchen zweitrangiger Botschafter in Straßburg degeneriert ist, die keinerlei eigene Entscheidungsbefugnisse mehr haben, sondern als bürokratische Ableger ihrer Außenministerien fungieren. Damit ist auf der Regierungsseite der Europarat jeder politischer Potenz entkleidet und zu einem politischen Nebenkriegsschauplatz degradiert worden. Diese politische Führungs- und Entscheidungslosigkeit wirkt sich lähmend auf eine Reihe von Bereichen aus, in denen dem Europarat die Vorbereitung politischer Integrationsvorgänge in Europa anvertraut ist. Es fehlt hier offenbar eindeutig an politischen Direktiven, die der Ministerrat in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung nicht erteilen kann, die aber gerade z.B. auf dem Gebiet von Bildung und Erziehung notwendig sind und die erteilt werden könnten, wenn die europäische Erziehungsministerkonferenz als das politische Weisungsorgan für den Rat für kulturelle Zusammenarbeit installiert würde.

Die Vertreter der Außenminister sehen sich erneut der energischen Forderung der Parlamentarier gegenüber, eine Konferenz der europäischen Regierungschefs müsse zwingend die Frage der Kompetenzen und der Aufgaben des Europarates neu prüfen, neu definieren und neu festlegen. Dazu gehört z.B. auch das Problem, ob der Europarat künftig als Forum der Begegnung zwischen Ost und West agieren soll. Eine Forderung, die von zahlreichen Abgeordneten immer wieder erhoben worden ist, denen bisher der Ministerrat jedoch mit größter Zurückhaltung begegnet ist.

Schließlich sei vermerkt, daß die Demontage des Ministerrates zu einem Club gehobener Bürokraten auch das Arbeitsverhältnis zwischen der Versammlung und dem Ministerrat empfindlich beeinträchtigt hat. Solange der Ministerrat tatsächlich mit Politikern, sprich Außenministern, besetzt war, hat es niemals Kompetenzstreitigkeiten gegeben wie jetzt, wo die mit der Wahrnehmung der Geschäfte der Ministerbeauftragten Botschafter nach bürokratischer Manier die Beratende Versammlung ständig daran erinnern, daß sie eben nur eine Beratende Versammlung sei, und daß sie in mancher Hinsicht in ihrem Bemühen um Europa dienlichen politischen Initiativen ihre Kompetenzen überschreitet. Auch dies gehört zu dem großen Paket von Problemen, die gelöst werden müssen, wenn der Europarat in Straßburg seine alte Funktion als wichtige Stätte für Europa fruchtbarer Begegnungen von Politikern behalten soll, die in Europa wie in ihren eigenen Ländern Verantwortung tragen.

(- /wr/9.6.1971/ks)

Mehr Sorgfalt im Rüstungsbereich

Folgen der kritischen Bestandsaufnahme

Von Klaus Richter SPD-MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Die von gewissen Kreisen gezielt verbreitete Behauptung, daß es im Bereich des Bundesministers der Verteidigung einen allgemeinen oder vollkommenen Beschaffungsstopp gebe, trifft nicht zu, obwohl der Rüstungsetat gewiß kein Tabu ist. Auch hier haben übergeordnete Gesichtspunkte zu gelten. Von einer verzweifelten Haushaltslage im Verteidigungsbereich kann freilich keine Rede sein, auch nicht von den angeblichen Konsequenzen, die vor allem die deutsche Luftfahrtindustrie zu tragen hätte.

Richtig dagegen ist, daß Staatssekretär Ernst Wolf Mommsen den Bereich von Forschung und Entwicklung im Verteidigungsbereich hat "ausforsten" lassen. Mommsen will sich nach der sehr heftigen Kritik des Bundesrechnungshofes an zahlreichen Vorhaben seiner Amtsvorgänger in vorangegangenen Jahren nicht dem berechtigten Vorwurf aussetzen, den Teilstreitkräften bedeutende Mittel für Forschungsvorhaben nicht entzogen zu haben, für die keine militärischen Forderungen bestehen.

Mit dem "Weißbuch 1970" wurde von Helmut Schmidt herausgestellt, daß die Bundeswehr eine Bewaffnung und Ausrüstung braucht, die sie zu schneller und wirksamer Reaktion und großer Beweglichkeit befähigt. Mit der kritischen Bestandsaufnahme des Verteidigungsministers ergab sich die Notwendigkeit, die früher geplanten Vorhaben im Rüstungsbereich auf ihre militärische Zweckmäßigkeit, ihre finanzielle Realisierbarkeit und ihre Dringlichkeit zu überprüfen. Die Ergebnisse dieser Prüfung sind heute weder in der NATO noch in der Bundeswehr umstritten. Mit Beginn des Jahres 1971 erfolgte im Verteidigungsministerium die Neuorganisation des Rüstungsbereichs. Die "Weiterschreibung" des Rüstungsplanes und die Ansätze für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben wurden an den Forderungen der Streitkräfte orientiert. Dabei stehen im Entwicklungs- und Erprobungsbereich 1,5 Milliarden DM im laufenden Haushaltsjahr zur Verfügung, in der mittelfristigen Planung sind für 1972 1,6 Milliarden DM vorgesehen. Kritiker sollten sich zur Orientierung

die Haushaltspläne der vergangenen Jahre ansehen.

Das von der Bundesregierung eingeleitete Programm für die deutsche Luftfahrtindustrie hat in diesem Industriezweig die Unsicherheit vergangener Jahre beseitigt. Das mußten auch die Sprecher der Opposition bei der kürzlichen Beratung des Jahresberichts der Bundesregierung anerkennen. Erstmals gelang es der Luftfahrtindustrie, das "zivile Bein" aufzubauen. Mit den Projekten "Airbus A 300 B" und "VFW 614" ist man über das Stadium des bloßen Experimentierens und Lizenzbauens hinausgewachsen.

Im Verteidigungsbereich stehen bis 1974 u.a. an Programmen an: Aufklärungsflugzeug RF-4E Phantom, Ergänzungsflugzeug als LSK-Kentüller, Vorlaufkosten für MRCA, neues Trainingsflugzeug und Abschluß der Beschaffung der Transall. Die Entscheidung für das Ergänzungsflugzeug wird sicher im Verteidigungsausschuß in nächster Zeit fallen, dabei wird auch der Umfang der Beteiligung der deutschen Industrie zur Sprache kommen. Über das Nachfolgesystem für die im Dienst befindlichen Strahlflugzeugmuster zur Anfänger- und Fortgeschrittenenschulung hat Helmut Schmidt vor wenigen Wochen in Paris verhandelt. Das MRCA-Programm befindet sich im ersten Abschnitt der Entwicklungsphase, der mehrere Termine zur Prüfung der Frage enthält, ob die erreichten Ergebnisse die Fortsetzung der Arbeiten rechtfertigen. Die Mittel für die Entwicklung stehen auf alle Fälle in ausreichender Höhe zur Verfügung. Unter Berücksichtigung der militärischen Bedarfslage und der Ergebnisse der Definitionsphase werden ohne Präjudiz für künftige Sachentscheidungen bei der Fortschreibung der mittelfristigen Planung vorsorglich im Jahre 1974 erste Mittel für die Produktionsvorbereitung vorgesehen.

Offen ist zur Stunde lediglich die Frage, welche Planungen sich zwischen Verteidigungsministerium und Industrie im Hubschrauberbereich vereinbaren lassen. Bei diesem Sachstand müssen alle Versuche scheitern, bei der Industrie, bei den Ingenieuren und Technikern in den Entwicklungsteams und bei den Arbeitnehmern in der Luftfahrtindustrie die übliche Panikrache zu starten.

v-/ae/9.6.1971. bgy.